

P R O T O K O L L

der Sitzung des Wohnerrates vom
Freitag, 24. Januar 2025, 19.30 Uhr, im Rathaussaal

* * *

Traktanden:

1. Inpflichtnahme von Jürg Meyer (FDP), Olivier Bécheiraz (EVP) und Alexandra Darioli (Die Mitte) aufgrund der Rücktritte von Walter Krenn (FDP), Joya Süess (EVP) und Angelika Curti (Die Mitte) per 31. Dezember 2024
2. Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 aufgrund des Rücktritts von Angelika Curti per 31. Dezember 2024
3. Einbürgerungen
 - a) Damo, Rodanthi mit dem Sohn Jannis, griechische Staatsangehörige
 - b) Dell'Olivo, Francesco, italienischer Staatsangehöriger
 - c) Dinapoli, Roberto und Mincuzzi Dinapoli, Stefania, mit den Töchtern Danielle und Valentina, italienische Staatsangehörige
 - d) Mukina, Lidia, russische Staatsangehörige
 - e) Uttenweiler, Andreas, deutscher Staatsangehöriger, und Katherine, ecuadorianische Staatsangehörige, mit den Kindern Noah, Mara und Leana, deutsche Staatsangehörige
 - f) Wang, Ying, chinesische Staatsangehörige, mit der Tochter Maggioni, Lara, italienische Staatsangehörige
4. Fulloutsourcing der IT-Infrastruktur der Stadt Brugg; Verpflichtungskredit
5. Sicherheit am Bahnhof; Nachtragskredit zur Finanzierung der Sicherheitspatrouille Gesellschaft
6. Postulat Julia Grieder betreffend Gratis-Parkplätze im «Simmengut» (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
7. Motion Patricia Gloor, Titus Meier und Peter Friedli betreffend Engagement der Stadt Brugg beim Park Innovaare (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
8. Motion Andrea Rauber Saxer, Colette Degrandi, Markus Lang und Adriaan Kerkhoven betreffend Fusionsstrategie für Brugg (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

9. Postulat Titus Meier, Patricia Gloor und Nathalie Zulauf betreffend Sanierung Hallenbad Brugg und Beheizung des 50-Meter-Aussenbeckens inklusive Anschaffung einer Trägerhalle (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
10. Postulat Barbara Müller-Hefti betreffend Einladung an alle Brugger Kindergarten- und Schulkinder zum Jugendfest (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
11. Postulat Barbara Müller-Hefti, Joya Süess und Elias Gerber sowie Mitunterzeichnende betreffend Verbesserung der Sicherheit aller Besucher des Kellerparks (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
12. Postulat Martin Brügger und Mitunterzeichnende betreffend Prüfung Brugg-Villnachern als Jura-park-Gemeinde (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
13. Postulat Titus Meier und Mitunterzeichnende betreffend Überprüfung der Ausrichtung der städtischen Jugendarbeit und -kultur (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
14. Motion Pascal Ammann betreffend Beschaffung einer Veranstaltungsbühne (wird vom Stadtrat abgelehnt)
15. Postulat Gina Sträuli betreffend Schulwegüberquerung Laurstrasse/Simmengut (wird vom Stadtrat abgelehnt)

* * *

Vorsitz: Markus Lang, Präsident
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber
Stimmzähler: Lea Kalt und André Schwarz (entschuldigt)

* * *

Präsenz: Es sind 46 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich Adriaan Kerkhoven, Andrea Rauber, André Schwarz und Gina Streuli.

* * *

Das Protokoll der Sitzung vom 18. Oktober 2024 gilt in der vorliegenden Form als genehmigt.

* * *

Der Ratspräsident: Es ist das letzte Jahr, in welchem der Rat in der jetzigen Zusammensetzung tagen wird. Es würde mich freuen, wenn der Einwohnerrat ab nächstem Jahr auch aus Mitgliedern des neuen Ortsteils Villnachern bestehen würde. Um dies zu fördern, ist im Zeitraum Mai/Juni 2025 eine «Parteichilbi» in Villnachern geplant. Die Parteien haben dann die Gelegenheit, mit der Bevölkerung von Villnachern ins Gespräch zu kommen und diese für eine Mitarbeit im Einwohnerrat zu motivieren.

* * *

Traktandum 1: Inpflichtnahme von Jürg Meyer (FDP), Olivier Bécheiraz (EVP) und Alexandra Darioli (Die Mitte) aufgrund der Rücktritte von Walter Krenn (FDP), Joya Süess (EVP) und Angelika Curti (Die Mitte) per 31. Dezember 2024

Jürg Meyer (FDP), Olivier Bécheiraz (EVP) und Alexandra Darioli (Die Mitte) rücken aufgrund der Rücktritte von Walter Krenn (FDP), Joya Süess (EVP) und Angelika Curti (Die Mitte) per 31. Dezember 2024 als Mitglieder des Einwohnerrats für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 nach.

Der Ratspräsident nimmt die neuen Ratsmitglieder Jürg Meyer (FDP), Olivier Bécheiraz (EVP) und Alexandra Darioli (Die Mitte) in Pflicht und wünscht ihnen viel Freude bei der Ausübung ihres neuen Amtes.

* * *

Traktandum 2: Wahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 aufgrund des Rücktritts von Angelika Curti (die Mitte) per 31. Dezember 2024

Nadine Christen: Die Fraktion Die Mitte schlägt Barbara Geissmann als neues Mitglied der Finanzkommission vor. Sie ist seit Januar 2017 Mitglied im Einwohnerrat und aktuell Fraktionspräsidentin der Mitte Brugg Partei. Barbara Geissmann bringt mit ihrer politischen sowie beruflichen Erfahrungen die erforderlichen Kenntnisse für die Ausübung des anspruchsvollen Amtes als Mitglied der Finanzkommission mit.

In der Abstimmung wird Barbara Geissmann (die Mitte) für den Rest der Amtsperiode 2022/2025 als Mitglied der Finanzkommission ohne Gegenstimme gewählt.

Barbara Geissmann nimmt die Wahl an und bedankt sich beim Rat.

Traktandum 3: Einbürgerungen

Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrats zuzustimmen.

a) Damo, Rodanthi mit dem Sohn Jannis, griechische Staatsangehörige

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen Rodanthi Damo, griechische Staatsangehörige, geboren am 25. Mai 1992, sowie dem Sohn Jannis Papadorotheou, griechischer Staatsangehöriger, geboren am 7. August 2023, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

b) Dell'Olivo, Francesco, italienischer Staatsangehöriger

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen Francesco Dell'Olivo, italienischer Staatsangehöriger, geboren am 29. Januar 1965, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

- c) Dinapoli, Roberto und Mincuzzi Dinapoli, Stefania mit den Töchtern Danielle und Valentina, italienische Staatsangehörige
-

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen Roberto Dinapoli, geboren am 19. Januar 1971, sowie den Töchtern Danielle, geboren am 15. März 2008, und Valentina, geboren am 13. März 2010, italienische Staatsangehörige, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen Stefania Mincuzzi Dinapoli, italienische Staatsangehörige, geboren am 9. August 1974, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

- d) Mukina, Lidia, russische Staatsangehörige
-

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen Lidia Mukina, russische Staatsangehörige, geboren am 27. November 1982, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

e) Uttenweiler, Andreas und Katherine mit den Kindern Noah, Mara und Leana

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen Andreas Uttenweiler, geboren am 30. Mai 1974, sowie den Kindern Noah, geboren am 25. Juli 2009, Mara, geboren am 1. Februar 2011, und Leana, geboren am 29. Dezember 2015, deutsche Staatsangehörige, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

ohne Gegenstimme zugestimmt

Dem Antrag 2:

«Sie wollen Dorys Katherine Uttenweiler, ecuadorianische Staatsangehörige, geboren am 1. Januar 1975, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

f) Wang, Ying mit der Tochter Maggioni, Lara

Das Wort wird nicht verlangt.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen Ying Wang, chinesische Staatsangehörige, geboren am 14. März 1981, sowie der Tochter Lara Maggioni, italienische Staatsangehörige, geboren am 22. Januar 2010, die Aufnahme in das Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg zusichern.»

ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 4: Fulloutsourcing der IT-Infrastruktur der Stadt Brugg; Verpflichtungskredit

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Am 26. Januar 2024 hat der Einwohnerrat einem Projektierungskredit für die Auslagerung des Betriebs der städtischen IT-Infrastruktur und damit grundsätzlich auch einem Systemwechsel zugestimmt. Wie durch den Einwohnerrat an der Beratung gefordert, hat der Stadtrat im Vorfeld der Ausschreibung nochmals vertiefte Abklärungen zur Integration der Schul-IT in die städtische IT-Lösung und eine vertiefte Zusammenarbeit mit den Städten Aarau und Baden geprüft.

Abklärungen in Bezug auf die Integration der Schul-IT haben gezeigt, dass dies sowohl organisatorische als auch technische Vorteile mit sich bringen und eine bessere Abstimmung der Systeme erlauben würde. Daraus ergäbe sich eine effizientere Betreuung. Verschieden Gespräche mit den Verantwortlichen der Informatikzusammenarbeit zwischen Aarau und Baden haben ergeben, dass diese sich zurzeit in einem organisatorischen Transformationsprozess befinden und die nötigen Ressourcen für eine allfällige Aufnahme der Stadt Brugg frühestens ab Oktober 2026 zur Verfügung stehen würden. Dieser Zeitplan, welcher nicht kongruent mit demjenigen der Stadt Brugg ist, würde für Brugg Mehrkosten und vor allem auch ein betriebliches Risiko für das System darstellen. Der Stadtrat hat darum entschieden, von der Option einer Zusammenarbeit mit den Städten Aarau und Baden vorläufig abzusehen.

Schliesslich wurde mit dem Gemeindeverband Soziale Dienstleistungen Region Brugg (SDLRB) geklärt, ob die von ihm benötigten ICT-Dienstleistungen auch im Falle eines Fulloutsourcings weiterhin durch die Stadt Brugg erbracht werden sollen. Aufgrund der Zusage des SDLRB umfasst das Fulloutsourcing auch den Bedarf des Gemeindeverbandes.

Bei der Ausschreibung wurden die Kriterien so spezifisch wie nötig umschrieben, um damit die gewünschten Leistungen in der entsprechenden Qualität zu erhalten. Gleichzeitig wollte man aber in der Umschreibung offen bleiben, um eine Vielfalt von Angeboten zu erhalten. Als Basis für das Ausschreibungsverfahren und die Anbieterevaluation wurde ein umfassendes Lastenheft erarbeitet. Darin werden die bestehende ICT-Infrastruktur beschrieben sowie die Anforderungen an den künftigen ICT-Betrieb und die durch den Outsourcing-Partner zu erbringenden Dienstleistungen definiert. Diese umfassen sowohl den Betrieb als auch den Unterhalt der ICT-Infrastrukturen der städtischen Verwaltung (inkl. Verband SDLRB) sowie die Schulen inkl. Windows- und Apple-Endgeräten. Der Firstlevel-Support wird weiterhin durch städtische Mitarbeitende erbracht.

Wie der Rat aus den Unterlagen entnehmen konnte, sind dennoch nur zwei Angebote eingegangen. Rückfragen bei den grösseren Anbietern nach den Gründen der Absage haben gezeigt, dass das Hauptkriterium für eine Absage die Kombination der Schul-IT und der städtischen IT war. Erfreulich ist aber, dass das eingegangene Angebot der Upgreat AG ein solides technisches Konzept aufweist.

Das Unternehmen hat eine angemessene Grösse und ist professionell organisiert. Es verfügt über hoch qualifizierte Mitarbeitende und kann relevante Referenzen ausweisen. Ausserdem arbeitet das Unternehmen mit ausgewiesenen Spezialisten im Bereich der Schul-IT zusammen. Abschliessend ist das Angebot auch wirtschaftlich ausserordentlich attraktiv. Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit der Upgreat AG ein guter Partner für die künftige, sichere, moderne, zuverlässige und leistungsfähige IT-Infrastruktur zu einem marktgerechten Preis gefunden wurde. Der Stadtrat bittet den Rat, den vorliegenden Anträgen zuzustimmen.

Peter Friedli: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion, welche das IT-Outsource-System unterstützt. Die Fragen der Fraktion wurden durch den Stadtrat beantwortet. Mit dem Wechsel zum Fulloutsourcing können die Cybersicherheit gewährleistet und mittelfristig die Betriebskosten gesenkt werden. Positiv ist, dass eine mögliche Zusammenarbeit mit dem IZAB zu einem späteren Zeitpunkt nochmals geprüft wird. Die Fraktion ist inhaltlich mit dem Bericht und den Anträgen des Stadtrats einverstanden und dankt insbesondere der städtischen ICT-Abteilungen für ihre Arbeit.

Die Fraktion bemängelt die Anträge des Stadtrats bezüglich den Verpflichtungs- und Nachtragskrediten sowie die zusätzliche Abschreibung im Umfang von circa CHF 900'000, welche das Budget 2025 belasten. Ich erinnere den Stadtrat an die Budgetbesprechung vom letzten Herbst, bei welchem der Einwohnerrat davon gewarnt hat, dass das Budget nicht mit Nachtragskrediten verwässert werden darf. Nun passiert aber genau dies mit den vorliegenden Anträgen. Deshalb bittet die Fraktion der FDP den Stadtrat zu prüfen, ob nicht ein Teil dieser Kosten innerhalb des bestehenden Budgets kompensiert werden können. Bis Ende Jahr hat der Stadtrat noch genügend Zeit, Einsparungen zu tätigen. Die Fraktion hat zudem folgende Fragen: Entstehen durch die Fusion Mehrkosten im Bereich der Informatik? In der ICT-Abteilung sollen 120-Stellen-Prozente durch den Systemwechsel eingespart werden. Wie sieht diese Einsparung konkret aus? Weiter bittet die Fraktion um Erläuterungen durch den Stadtrat zum Antrag vier.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Mit dem Zusammenschluss mit der Gemeinde Villnachern entstehen zusätzliche Verwaltungsstellen. Diese Arbeitsplätze müssen mit einer IT-Ausrüstung ausgestattet werden. Diese Kosten sind jedoch im Zusammenhang mit der Fusion ausgewiesen und fallen nicht aufgrund des Fulloutsourcings an.

Aktuell sind bei der Abteilung ICT zwei First Level Supporter tätig, einer für die IT der Stadtverwaltung und einer für die IT der Schule. Diese beiden Stellen bleiben auch bei einem Outsourcing bestehen. Ebenfalls die Stelle der Leitung der Abteilung ICT. Die anderen beiden Stellen sind ein System Engineer und ein IT-Architekt. Grosse Teile der Aufgaben dieser beiden Stellen würden zukünftig durch das Fulloutsourcing abgedeckt werden, wodurch 120 Stellenprozente eingespart werden können. Von den Einsparungen betroffen sind somit die Stelle des System Engineers (aktuell 100 % Anstellung) sowie des IT-Architekts (aktuell nicht besetzt und auch nicht budgetiert).

Betreffend Antrag vier können seitens des Stadtrates folgende Erläuterungen gemacht werden: Mit dem heutigen System hat die Stadt bereits jährliche Aufwände für den Betrieb der IT. Dies sind ausgewiesene Kosten im Bereich der Anschaffung von Geräten, Lizenzen, Updates, Personalkosten und Abschreibungen der Systeme. Diese Kosten werden ab dem Jahr 2026 wegfallen und durch Dienstleistungskosten im Zusammenhang mit dem Fulloutsourcing abgelöst. Es wird eine Verschiebung der Kosten in den Kontopositionen geben. Mit dem Antrag vier will der Stadtrat diese Verschiebung dem Einwohnerrat zur Kenntnis bringen.

Stefan Baumann: Die Fraktion der SVP steht einem Wechsel zum Fulloutsourcing offen gegenüber. Auch wird die Firma Upgreat AG als kompetent angesehen. Bei Ausschreibungen in dieser Grössenordnung müssen jedoch mindestens drei Angebote vorliegen. Nicht die Kombination von Schule und Verwaltung ist das Problem, sondern die Kombination von Apple und Windows. Die Fraktion der SVP hat bereits bei der Beschaffung der Schul-IT darauf hingewiesen, dass diese zu teuer ist und auch strategisch keinen Sinn macht. Immerhin werden nun die Stadt- und Schul-IT zusammengefasst. Was hingegen störend ist, ist dass die Betriebskosten mit diesen Projekten weiter steigen. Das Outsourcing ist nur ein Teil der Kosten. Es werden zu einem sehr hohen Preis Dienstleistungen eingekauft, die internen Kosten bleiben jedoch erhalten, weil bei den Personalstellen nur im ungenügenden Umfang abgebaut wird. Bei einem Outsourcing müssten die Kosten unter dem Strich günstiger werden oder zumindest kostenneutral sein. Ich möchte vom Stadtrat erklärt haben, wie man diese Kosten reduzieren will beziehungsweise wie man Stellen weiter abbauen wird. Zweitens möchte ich vom Stadtrat eine Antwort, wie der offerierte Preis für die ganze Betrachtung garantiert ist und wie die Modalitäten geregelt sind, damit der Preis durch die Firma Upgreat nicht erhöht wird? Noch eine kleine Anmerkung zu den Ausführungen von Frau Stadtmann Barbara Horlacher. Die IT-Stelle, welche man nicht besetzt hat, stellt keine eigentliche Einsparung dar. Diese Stelle war zwar im Budget vorgesehen, aber erscheint nicht mehr in der Rechnung. Diese Kosten sind nie entstanden, somit kann man auch nicht von einer Einsparung sprechen.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der Preis ist garantiert. Im Vertrag sind die Kosten für beide Seiten definiert. Es ist im Bericht ausgewiesen, dass das neue System 120 Stellenprozent weniger benötigt als die bisherige Aufrechterhaltung des heutigen Systems. Das heutige System wird derzeit mit hundert Stellenprozent weniger geführt, als der Einwohnerrat eigentlich bewilligt hat. Für einen seriösen Betrieb mit langfristiger Aufrechterhaltung des heutigen Systems wären die zusätzlichen Stellenprozent jedoch notwendig. Im Hinblick auf die Einführung des Fulloutsourcings hat der Stadtrat jedoch bewusst auf die Stellenbesetzung verzichtet. Für das IT-System der Stadtverwaltung ist es von Bedeutung, dass der seit dem Jahr 2023 bekannte Fahrplan für den Systemwechsel eingehalten werden kann.

Elias Gerber: Ich spreche im Namen der EVP-Fraktion, welche das Fulloutsourcing grundsätzlich begrüsst. Dies ist der richtige Schritt für die Stadtverwaltung mit all ihren Anforderungen. Insbesondere freut es die Fraktion, dass man mit diesem Angebot eine Möglichkeit gefunden hat, die schulische IT im Gesamtkonzept zu integrieren. Was die Fraktion stört, ist vor allem das Auswahlverfahren.

Aus Sicht der EVP ist eine Entscheidungsfindung auf Basis von einem einzigen Angebot ohne legitime Mitbewerber eigentlich absolut unzureichend. Auch wenn die Fraktion darauf vertraut, dass der Stadtrat das vorhandene Angebot gut geprüft hat, fehlen Zahlen aus vergleichbaren Angeboten und Projekten. Die Fraktion hat nun aber zwischenzeitlich ein wirklich tolles Erfahrungsbild einer Referenzperson über die konkrete Zusammenarbeit mit der Upgreat AG erhalten. Dies stimmt die Fraktion sehr positiv.

Yves Gärtner: Die Fraktion der Grünen wird sich nicht zur technischen Umsetzung äussern, da keine Fachleute in diesem Gebiet vorhanden sind. Der Fraktion stellen sich Fragen auf Verfahrensebene, wie zum Beispiel «ist diese Änderung im Interesse der Stadt? Bringt sie einen Mehrwert? Ist die Sicht auf das Geschäft genug offen gewesen? Hat man Möglichkeiten und Alternativen geprüft? Ist das Projekt finanziell tragbar?» Vor einem Jahr hat der Einwohnerrat den Projektierungskredit für das Fulloutsourcing bewilligt. Gleichzeitig wurde der Stadtrat gebeten zu prüfen, ob Synergien genutzt werden können mit anderen Gemeinden, mit dem IZAB, der Schule, dem Bezirksgericht und weiteren nicht definierten Stellen. Es wurde auch eine Cloud-Lösung angeregt. Aus dem Bericht des Stadtrats kann entnommen werden, dass die Stadt diese Aufträge wahrgenommen und diese geprüft hat. Aufgrund der Ausführungen und Unterlagen des Stadtrats ist ersichtlich, dass es sich beim vorliegenden Projekt sowie dem Anbieter um eine gute und solide Lösung handelt. Die Fraktion der Grünen wird den Anträgen des Stadtrats deshalb Folge leisten.

Matthias Rüede: Ich spreche im Namen der Fraktion die Mitte, welche den Anträgen des Stadtrats zustimmen wird. Die Fraktion hätte es begrüsst, wenn mit dem IZAB vertiefte Abklärungen möglich gewesen wären. Bedauerlich ist, dass kein Vergleich zu Mitbewerberangeboten besteht. Positiv ist, dass Abklärungen zur Integration der Schule und den Sozialen Dienstleistungen positiv verlaufen sind. Die Fraktion hat zwar keine Referenzen zur Firma Upgreat AG, diese macht jedoch gemäss den getätigten Abklärungen durch die Fraktion einen guten Eindruck. Dabei ist vor allem die bereits bestehende Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Verwaltungen hervorzuheben. Daher ist sich die Fraktion sicher, dass diese Firma wettbewerbsfähig ist, auch wenn es im Auswahlverfahren leider keinen Wettbewerb gab.

Leonie Woodtli: Ich spreche im Namen der SP-Fraktion, welche das Paket insgesamt als überzeugend findet und deshalb den Anträgen des Stadtrats zustimmen wird. Die Fraktion begrüsst, dass der Stadtrat die Inputs der Fraktionen geprüft und mehrheitlich umgesetzt hat. Positiv ist, dass die Schule so fest eingebunden ist und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Städten Aarau und Baden offenbleibt. Das Fulloutsourcing ermöglicht der Stadt eine moderne IT, womit digitale Prozesse vereinfacht werden. Die Fraktion hat ihre Fragen im Vorfeld dieser Sitzung gestellt und hat alle Antworten vom Stadtrat erhalten.

Titus Meier: IT-Projekte haben die Tendenz, dass sie teurer sind als man denkt. Deshalb ist Transparenz wichtig. Die Stadt rechnet mit einem Schülerwachstum gemäss Schulraumplanung. Ist dieses Wachstum in der Kostenschätzung des Stadtrats berücksichtigt?

Werden die Kosten der Schul-IT den anderen Gemeinden, welche ihre Schülerinnen und Schüler nach Brugg in die Schule schicken, weiterverrechnet? Der Kanton reformiert die ganze Schul-IT, bei welcher eine einheitliche Schulsoftware «Conexa» für alle Gemeinden entsteht. Hat der Stadtrat diesen Umstand bei der Ausschreibung berücksichtigt oder könnte dies eine Projektanpassungen verursachen, welche das Projekt der Stadt Brugg teurer werden lassen könnte?

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Das Wachstum der Schülerzahlen wurde nicht mitberücksichtigt, da dieses unabhängig vom gewählten System ist.

Kridaran Kirishanth, Leiter Abteilung Projekte & ICT: Die Aufwände der IT werden zukünftig anteilmässig den Gemeinden verrechnet. Die Software «Conexa» ist für die Gemeinden kostenlos. Wenn die Stadt keine andere Software für die Schulverwaltung einsetzt, fallen auch keine weiteren Kosten an.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie genehmigen einen Verpflichtungskredit von CHF 318'000 für die Durchführung des Migrationsprojekts (einmalige Ausgaben).»

einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie genehmigen einen Nachtragskredit für das Jahr 2025 von CHF 211'500 für die Schule Brugg. Dieser Betrag deckt den Pro-Rata-Anteil der wiederkehrenden Kosten ab Juli 2025. Die Verrechnung erfolgt über Konto 1.2191.3130.00.»

einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag 3:

«Sie genehmigen einen Nachtragskredit für das Jahr 2025 von CHF 127'500 für die Stadtverwaltung Brugg. Dieser Betrag deckt den Pro-Rata-Anteil der wiederkehrenden Kosten ab Oktober 2025. Die Verrechnung erfolgt über Konto 1.0223.3130.00.»

einstimmig zugestimmt.

Dem Antrag 4:

«Sie nehmen von den jährlich wiederkehrenden Kosten von aktuell CHF 933'000 ab dem Jahr 2026 zustimmend Kenntnis.»

mit 45 Ja zu 1 Nein zugestimmt.

Traktandum 5: Sicherheit am Bahnhof; Nachtragskredit zur Finanzierung der Sicherheitspatrouille Gesellschaft

Vizeammann Reto Wettstein: Ein Nachtragskredit ist finanzpolitisch eigentlich kein gutes Zeichen oder nur dann, wenn es wirklich dringend ist. Darum hat der Stadtrat entschieden, den Nachtragskredit für die Weiterführung der Sicherheitspatrouille Gesellschaft dem Einwohnerrat vorzulegen. Der Einwohnerrat hat vor rund zwei Jahren einer Projektstelle Gesellschaft zugestimmt. Die hat die Aufgabe, sich sozialen Projekten zu widmen. Dies beinhaltet auch die Bekämpfung des Drogenproblems rund um den Bahnhof. Unter der Leitung der Abteilung Gesellschaft konstituierte sich im Spätsommer 2023 die «Arbeitsgruppe Sicherheit am Bahnhof» mit Vertreterinnen und Vertretern der Regional- und Kantonspolizei, der Sektion Gesundheitsförderung des Kantons Aargau, der Psychiatrischen Dienste Aargau AG (PDAG), der Fachhochschule Nordwestschweiz Campus Brugg-Windisch (FHNW), der Transportpolizei SBB, der Suchtberatung AGS Brugg sowie der Gemeinden Brugg und Windisch. In der Arbeitsgruppe wurden kurz- und langfristige Massnahmen zur Eindämmung des Handels und des Konsums von illegalen Substanzen besprochen. Es hat sich gezeigt, dass ein repressives Instrument benötigt wird, welches der Überwachung dient. Die Sicherheitspatrouille hat sich als kurzfristige, wirksame Massnahme erwiesen, um die öffentliche Sicherheit rund um den Bahnhof zu gewährleisten. Die Regionalpolizei Brugg führt weiterhin mit den vorhandenen Ressourcen Kontrollen an den Hotspots durch. Ohne die Sicherheitspatrouillen ist zu erwarten, dass sich die offene Drogenszene erneut ausweitet. Der Stadtrat hat aufgrund des Pilotprojekts, welches von Juli bis September 2024 lief, festgestellt, dass das eingesetzte Mittel wirkt. Diese Information stand dem Stadtrat erst nach erfolgter Budgetierungsphase zur Verfügung. Das ist der Grund, weshalb der Stadtrat den Einwohnerrat an der heutigen Sitzung um einen Nachtragskredit für die Weiterführung der Sicherheitspatrouille bittet.

Der Regierungsrat hat nun mitgeteilt, wie es in nächster Zeit weitergehen soll. Eine Arbeitsgruppe aus lokalen und kantonalen Behörden, Suchthilfe und Polizei hat ein entsprechendes Pilotprojekt erarbeitet. Zwischen Februar und Juli 2025 sollen Sucht- und Sozialarbeiter zweimal pro Woche die Szene in Brugg aufsuchen. Die Arbeit mit den Suchtkranken auf der Strasse übernimmt das christliche Sozialwerk Hope aus Baden. Hier hat die Institution bereits Erfahrung mit Streetwork und dem Bereitstellen niederschwelliger Angebote. Doch um solche Massnahmen langfristig zu ermöglichen, braucht es eine Gesetzesänderung. Heute sei die Schadensminderung nur partiell im aargauischen Recht geregelt, heisst es in der Mitteilung des Kantons. Zuständigkeiten sind nicht geklärt, die Unterstützung privater Angebote, wie etwa die Streetworker in Brugg, könne zum Teil nicht finanziert werden. Der Regierungsrat möchte dies nun ermöglichen. Anders als in der gesundheitspolitischen Gesamtplanung 2030 vorgesehen, will er deshalb die entsprechende Änderung des Gesundheitsgesetzes vorziehen. Die Gesetzesrevision dauert zwei bis drei Jahre. Die Anhörung soll in der zweiten Hälfte des Jahres 2025 stattfinden.

Wie geht es in der Zwischenzeit weiter: Die Arbeitsgruppe Schadensminderung tagt im Februar 2025 wieder, bei welchem Vertreter der Stadt Brugg mit dabei sind.

Es wird ein Umsetzungskonzept erarbeitet. Die gesetzliche Grundlage für eine vollausgebaute Kontakt- und Anlaufstelle beurteilt der Rechtsdienst des Kantons Aargau als noch nicht gegeben. Hierfür müssen die nötigen Gesetzesgrundlagen noch geschaffen werden. Was aber bereits möglich wäre, ist eine Art Gassenküche. An diesem Konzept arbeitet die Arbeitsgruppe weiter. Bis Juni 2025 sollten die Resultate bekannt sein, damit man weiss wie es weiter geht. Die Situation ist nicht zufriedenstellend. Der Stadtrat wird sich aber dafür einsetzen, dass der öffentliche Raum von dieser sozialen Belastung befreit wird und dass die Betroffenen die geeignete Hilfe erhalten.

Alexandra Dahinden: Ich spreche im Namen der Fraktion der SP. Die Fraktion stellt einen Gegenantrag zum Antrag des Stadtrats. Aus den Medien hat der Einwohnerrat erfahren, dass der Kanton nun erste Massnahmen präsentiert. Zwischen Februar und Juli 2025 sollen Sucht- und Sozialarbeiter zweimal pro Woche die Szene in Brugg aufsuchen. Die Finanzierung übernimmt im Wesentlichen der Kanton Aargau. Anschliessend soll es eine Auswertung geben, ob das Projekt wirksam ist und ob es verlängert werden soll. Es benötigt aber noch weitere Massnahmen, um den suchterkrankten Menschen helfen zu können. Es ist stossend, dass in den kalten Tagen kein warmer Raum für die Betroffenen und die Sozialarbeiter angeboten werden kann. Wir erwarten, dass auch die Stadt Brugg schadensmindernde Massnahmen anbietet und sich für die Betroffenen einsetzt. Die Auswertung dieses kantonalen Pilotprojekts findet voraussichtlich im Sommer statt. Aus fachlicher und finanzieller Sicht macht es darum Sinn, im Sommer die Sicherheitspatrouille Gesellschaft ebenfalls zu diesem Zeitpunkt nochmals zu bewerten. Der Stadtrat soll im Sommer dem Einwohnerrat nochmals Bericht erstatten, was er allenfalls mit dem Kanton und der Gemeinde Windisch für Hilfestellungen für die betroffenen Personen für die Wintermonate plant. Ebenfalls, ob es weitere Massnahmen braucht, um die negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung zu minimieren.

Vizeammann Reto Wettstein: So wie sich das Problem heute präsentiert, wird sich dieses bis im Herbst wahrscheinlich nicht gross verändert haben. Bis eine ordentliche Kontakt- und Anlaufstelle aufgebaut ist, kann auf eine Patrouille Sicherheit nicht verzichtet werden. Die Patrouillentätigkeit wurde bereits jetzt im Vergleich zum Pilotprojekt reduziert.

Miro Barp: Ich teile die Ansicht der SP nicht. Schadensmindernde Massnahmen sind eben gerade diese Sicherheits- und Polizeipatrouillen. Wenn man die Polizeipatrouillen als negativ oder als nicht konstruktiv ansieht, hat man eine Grundabwehrhaltung gegenüber der Polizei. Durch das Verschwinden der Drogenszene werden weniger Jugendliche in diese Szene verführt. Die Gewalt auf dem Bahnhofplatz wird eingedämmt und die Sicherheit für die Menschen verbessert. Mehr Schadensminderung ist nicht möglich. Daher muss die Arbeit der Sicherheitspatrouille verlängert werden und es braucht keine zusätzlichen unnötigen Massnahmen durch die Stadt. Vorbehalten sind die Massnahmen, welche durch den Kanton getroffen werden. Ansonsten entsteht eine Doppelspurigkeit, was bedeutet, dass die Gemeinde dasselbe macht wie der Kanton, und dies ist unnötig.

Yves Gärtner: Ich finde eine zeitliche Beschränkung der Finanzierung der Sicherheitspatrouille als richtig. Nicht weil ich finde, dass die Sicherheitspatrouille Gesellschaft keine gute Sache ist, sondern weil ein gewisser Druck für eine Veränderung der Situation aufrechterhalten werden muss. Wenn die Sicherheitspatrouille Menschen mit Suchtproblemen wegweist, wird das Suchtproblem damit nicht gelöst werden. Es wird lediglich an andere Orte verschoben, wo es weniger sichtbar ist. Und dort, wo es weniger sichtbar ist, wird es auch weniger wahrgenommen. Damit sinkt der öffentliche Druck auf Kanton und Polizei, dass man andere Massnahmen gemäss den Empfehlungen des Berichts lanciert und umsetzt. Es macht Sinn, dass eine Evaluation der Massnahmen zusammen mit dem Kanton gemacht wird. Darum unterstützt die Fraktion der Grünen den Antrag der SP.

Reto Bertschi: Ich befürchte, der Antrag der SP wird falsch verstanden. Die Fraktion will nicht die Sicherheitspatrouille abschaffen, sondern will diese bis September 2025 begrenzen. Im September soll nochmals darüber befunden werden, ob diese noch notwendig ist oder ob andere Massnahmen wirkungsvoller wären.

Hierfür wird der Stadtrat gebeten, im September 2025 entsprechend Bericht und Antrag beim Einwohnerrat zu stellen. Dieser soll beinhalten, welche Massnahmen wie und wie lange eingesetzt werden sollen, um das Problem lösen zu können.

Vizeammann Reto Wettstein: Danke für die Erläuterungen. Die Sicherheitspatrouille wird nur so lange eingesetzt, wie es sie braucht. Den Auftrag kann man jederzeit verändern und anpassen. Falls sich die Situation in nächster Zeit verbessern würde, würde der Stadtrat auch keine Sicherheitspatrouille mehr einsetzen.

Der Vorsitzende: Ich erläutere den Antrag der Fraktion der SP: «Sie wollen dem Nachtragskredit in der Höhe von CHF 211'838.90 für die «Sicherheitspatrouille Gesellschaft» für die Monate Februar bis September 2025 zu Lasten von Konto 1110.3130.01 vorbehältlich der hälftigen Kostenbeteiligung durch die Gemeinde Windisch zustimmen.

In der Abstimmung wird der Antrag der Fraktion der SP mit 16 Ja zu 29 Nein abgelehnt.

Patrick von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP-Fraktion. Brugg hat nationale Berühmtheit erlangt. Dies jedoch nicht wegen dem Wasserschloss, sondern wegen der offenen Drogenszene am Bahnhof. Dass man dem entgegenwirken muss, liegt auf der Hand. Eine Sicherheitspatrouille ist sicherlich nicht das Gelbe vom Ei und stellt auch keine langfristige Lösung dar. Jedoch konnte diese in kurzer Zeit und mit Hilfe der Regionalpolizei und anderen Beteiligten die Situation entschärfen. Man konnte feststellen, dass das Problem der offenen Drogenszene im Keim erstickt werden muss, bevor sich dieses explosionsartig ausweitet. Den Massnahmenempfehlungen von Infodrog kann die Fraktion nur bedingt zustimmen. Ein Konsumraum, ein Mahlzeitenangebot sowie eine Notschlafstelle werden suchtkranke Menschen aus der ganzen Deutschschweiz anziehen, um von diesem Angebot profitieren zu können. Das wird langfristig zu einer Vergrösserung der Szene führen und die Lebensqualität der Bevölkerung von Brugg beeinflussen.

Für die Fraktion stellt sich auch die Frage, warum sich die PDAG nicht mehr an den Kosten beteiligt? Die Fraktion stimmt dem Nachtragskredit für die Sicherheitspatrouille Gesellschaft zu, erwartet jedoch, dass nachhaltige Lösungen für das Drogenproblem in Brugg gefunden werden.

Anna Schneider: Ich spreche im Namen der FDP-Fraktion. Die Fraktion hätte es begrüsst, wenn diese Kosten in das ordentliche Budget eingeflossen wären. Die Fraktion möchte ausserdem vom Stadtrat wissen, welche Qualifikationen das Sicherheitspersonal haben muss beziehungsweise was die Anforderungen des Stadtrats an das Sicherheitspersonal ist? Aus der Presse wissen wir, dass teilweise Sicherheitsleute ungenügend qualifiziert sind. Wir erwarten in diesem Zusammenhang vom Stadtrat, dass die Qualifikation des Sicherheitspersonal entsprechend sporadisch überprüft wird.

Vizeammann Reto Wettstein: Der Sicherheitsdienst wurde dem Stadtrat von die Regionalpolizei Brugg empfohlen. Diese hat in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit der Sicherheitsfirma gemacht und es besteht ein guter Kontakt. Die Rapporte der Sicherheitsfirma sind nachvollziehbar und sauber geführt. Aus diesen Gründen hat sich der Stadtrat für diese Sicherheitsfirma entschieden.

Yves Gärtner: Es ist einfacher, Kontrollen durchzuführen und Menschen mit Suchtproblemen aus dem öffentlichen Raum wie am Bahnhof wegzuschicken, anstatt Massnahmen zu ergreifen, um den Konsum einzuschränken. Die Fraktion hat erkannt, dass das Sicherheitsempfinden am Bahnhof wichtig ist und eine Sicherheitspatrouille lokal dort Abhilfe schaffen kann. Vielleicht kann sie sogar die tatsächliche Sicherheit ein wenig verbessern. Die Fraktion der Grünen ist sich jedoch nicht sicher, ob die Verlängerung der Sicherheitspatrouille sinnvoll ist. Es wird befürchtet, dass mit repressiven Massnahmen das Problem aus der öffentlichen Wahrnehmung in verschiedene Szenen an versteckte Orte verschwindet. Damit würde auch der Druck sinken, etwas dagegen zu unternehmen und das Problem ginge auf politischer Ebene vergessen. Zum Glück ist die Verlängerung dieser Sicherheitspatrouille zeitlich begrenzt. In der Vorlage wird auf die vier Säulen der Suchtstrategie verwiesen. Wenn eine Mehrheit unserer Fraktion dem Nachtragskredit zustimmt, dann ist dies nur als ein provisorisches Ja zu verstehen. Die Fraktion erwartet, dass die Umsetzung der Empfehlungen von Infodrog schnell und entschieden vorangetrieben werden und der Stadtrat dabei eine aktive Rolle übernimmt.

Barbara Geissmann: Ich spreche für die Fraktion Die Mitte. Ich nehme es vorweg, die Fraktion wird dem Nachtragskredit zustimmen. Die Situation mit den drogenabhängigen Menschen rund um den Bahnhof hat sich im Jahr 2024 im Vergleich zum Jahr 2023 deutlich beruhigt. Das Pilotprojekt hat sich auch positiv auf das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung ausgewirkt. Ausserdem zeigt sich ein Rückgang bei Einbruchversuchen in Geschäften und Autos und bei Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum. Somit scheint die Patrouille Wirkung gezeigt zu haben; genau quantifizieren lässt es sich jedoch nicht. Die Fraktion hofft, dass bald noch andere Massnahmen hinzukommen. Für eine Kontinuität und Weiterführung der Prävention wird die Fraktion diesem Nachtragskredit zustimmen. Die Fraktion ist aber anderer Ansicht als der Stadtrat, dass es unbedingt eine solche Sicherheitspatrouille zusätzlich zur Polizei braucht. Wir hoffen, dass es die Patrouille nur noch so lange braucht, bis andere Massnahmen greifen.

Ich habe noch zwei Fragen an den Stadtrat: Wie wird dieses Patrouillengebiet festgelegt und wie gross ist es? Die Fraktion geht davon aus, dass im Areal der PDAG nicht mehr patrouilliert wird, da sich diese ja auch nicht mehr finanziell beteiligen?

Vizeammann Reto Wettstein: Die Patrouille Gesellschaft ist für den öffentlichen Raum zuständig. Die PDAG ist eine private Gesellschaft und hat ihren eigenen Sicherheitsdienst. Es gibt eine Standardroute. Die Festlegung der Route ist jedoch dynamisch und wird den aktuellen Gegebenheiten laufend angepasst. Man hat die Route auch schon aufgrund von Anfragen und auf Wunsch aus der Bevölkerung angepasst.

Alexandra Dahinden: Die Fraktion der SP wird dem Antrag zustimmen. Der Nutzen der Sicherheitspatrouille ist klar festzustellen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hat sich dadurch verbessert. Es braucht jedoch mindestens gleichwertige schadensmindernde Massnahmen. Die Fraktion erwartet diesbezüglich das entsprechende Engagement des Stadtrats.

Colette Degrandi: Die Fraktion der GLP unterstützt den Antrag des Stadtrats. Die Sicherheitspatrouille ist eine Massnahme, die nötig ist. Die Fraktion erwartet jedoch ebenfalls, dass weitere zusätzliche Massnahmen getroffen werden.

Miro Barp: Die PDAG beteiligt sich finanziell an der City-Patrouille. Sie beteiligt sich also auch an der Sicherheit, jedoch nicht im Zusammenhang mit der Sicherheit im gesamten öffentlichen Raum, sondern dort, wo die Sicherheit im Zusammenhang mit den Klientinnen und Klienten der PDAG steht. Auch die PDAG stockt derzeit sein Sicherheitspersonal auf, damit das Naherholungsgebiet Königsfelden von der Bevölkerung genutzt werden kann. Ich habe den Eindruck, dass die Polizei und der Sicherheitsdienst an der heutigen Sitzung ein wenig diskreditiert werden. Die Polizei schickt diese Menschen nicht einfach weg. Sie sprechen mit ihnen und versuchen das Beste aus der Situation zu machen. Was sicherlich keine leichte Aufgabe ist und mehr Anerkennung verdient.

Urs Bürkler: Es geht nicht darum, die Polizei oder den Sicherheitsdienst schlecht zu machen. Es geht um die Frage, ob die Sicherheitspatrouille in diesem Fall Sinn macht. Für mich macht diese keinen Sinn. Aus allen Stellungnahmen kommt hervor, dass das Problem so nicht gelöst werden kann. Es ist eine Massnahme, welche das Problem nicht löst. Die Stadt Brugg und die Gemeinde Windisch investieren eine Viertel Million Franken um das Problem zu verstecken und nicht zu lösen. Man konnte feststellen, dass sich die Situation am Bahnhof verbessert hat. Nur halten sich diese Menschen nun beim Friedhof, beim Amphitheater, bei der Villa Keller und anderen Orten auf. Warum wird nicht etwas unternommen, was das Problem löst? Man darf diese Menschen nicht weiter drangsalieren und schikanieren.

Julia Grieder: Reto Bertschi hat vorher etwas Wesentliches gesagt. Momentan setzt man voll auf Repression. Dies aus dem Grund, weil es ein Sicherheitsgefühl vermittelt und weil man bei allen anderen Massnahmen unsicher ist, wie diese funktionieren sollen.

Leonie Woodtli: In den vier Säulen der Drogenpolitik geht es darum, den Schaden der Betroffenen zu mindern. Mit Repression wird lediglich der Schaden der Bevölkerung vermindert, jedoch nicht derjenige der Drogenabhängigen. Dies kann aber nicht einfach mit einer Wegweisung der Betroffenen gelöst werden. Dies kann zum Beispiel durch eine Gassenküche, eine Kontaktstelle, durch Sozialberatung oder durch gute Wohnangebote erfolgen. Polizisten und Polizistinnen und Sicherheitsdienstleister machen einen sehr guten Job, können diese Angebote jedoch nicht ersetzen. Diese sollten in Zukunft angeboten werden.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen dem Nachtragskredit in der Höhe von CHF 260'960.70 für die «Sicherheitspatrouille Gesellschaft» im Jahr 2025 zu Lasten von Konto 1110.3130.01 vorbehältlich der hälftigen Kostenbeteiligung durch die Gemeinde Windisch zustimmen.»

mit 39 Ja zu 6 Nein zugestimmt.

Traktandum 6: Postulat Julia Grieder betreffend Gratis-Parkplätze im «Simmengut» (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Die Sicht auf die Parkierungsflächen im Parkgelände sind im Natur- und Landschaftsentwicklungskonzept (NLEK) als Massnahmen mit einem mittelfristigen Umsetzungshorizont aufgeführt. Im kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) sind verstärkte Massnahmen im Bereich des Mobilitätsmanagements vorgesehen. Das beinhaltet Massnahmen, welche das zu Fuss gehen und das Velofahren fördern sollen sowie die Anwendung von öffentlichen Verkehrsmitteln und zur effizienten Nutzung des Autos animieren sollen. Eine mögliche Massnahme im Rahmen eines betrieblichen Mobilitätsmanagements ist, wie es von der Postulantin gefordert wird, die Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen für die Mitarbeitenden eines Unternehmens. Aufgrund dieser Erläuterungen ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Dabei gibt es jedoch zu bedenken, dass das heute bestehende Angebot für die kostenlose Parkplatzbenutzung sowohl von den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung als auch von der Schule sehr geschätzt wird. Auch bei der Personalrekrutierung stellt dieser Umstand einen wesentlichen Vorteil dar. Insbesondere auch vor dem Hintergrund der aktuellen, nicht optimalen räumlichen Arbeitsplatzsituation für einen grossen Teil der städtischen Angestellten. Mit dem beabsichtigten Umzug der städtischen Verwaltung in die Liegenschaft an der Hauptstrasse 1 wird sich die Arbeitsplatzsituation jedoch massiv verbessern. Dies würde einen guten Zeitpunkt darstellen, um die Einführung von gebührenpflichtigen Parkplätzen für alle städtischen Mitarbeitenden zu prüfen.

Julia Grieder: Als erstes möchte ich betonen, dass ich als Mitglied der Grünen Partei sicher nicht für mehr Parkplätze im Simmengut bin. Ich will nicht darüber diskutieren, ob es um eine Aufhebung der Parkplätze im Simmengut geht, wie lange die Situation so noch bleibt, oder wann es zur Umsetzung des Mobilitätskonzepts kommt. Es geht mir hierbei um eine erste Sofortmassnahme zur Regelung einer Situation, die unklar und in meinen Augen unbefriedigend ist. Mit unbefriedigend meine ich, dass man mitten in der Stadt Brugg seit zwanzig Jahren Gratis-Parkplätze zur Verfügung stellt. Ich fordere, dass für sämtliche Angestellten der Verwaltung und der Schule in Brugg eine Parkgebühr erhoben wird. Egal ob dies im Simmengut, im Bodenacker oder in der Langmatt ist. So, wie das in Windisch, Baden oder Lenzburg, oder auch in anderen Städten dieser Grösse, gemacht wird. Nach vielen Gesprächen und Fragen habe ich eingesehen, dass ich mit diesem Postulat den Nagel nicht wirklich auf den Kopf treffe und darum dieses zur Überarbeitung zurückziehe.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses von der Postulantin zurückgezogen wird.

Traktandum 7: Motion Patricia Gloor, Titus Meier und Peter Friedli betreffend Engagement der Stadt Brugg beim Park Innovaare (wird von Stadtrat entgegengenommen)

Stadträtin Yvonne Buchwalder: In diesem Vorstoss wird vom Stadtrat ein Antrag und Bericht für eine Beteiligung am Park Innovaare gefordert. Im Park Innovaare beim Paul Scherrer Institut (PSI) in Villigen und Würenlingen sollen Innovationen auf der Basis der Grossforschungsanlagen und dem Know-how des PSI gemeinsam mit Unternehmen vorangetrieben werden. Der Park Innovaare fördert als einer von sechs Innovationsparks in der Schweiz den Austausch zwischen Wissenschaft und Industrie.

Bisher hat sich der Stadtrat noch nicht mit einer möglichen Beteiligung an der Innovaare AG auseinandergesetzt. Gemäss Medienberichten und aufgrund der Einsicht in die Kreditanträge der Parlamente der Städte Aarau und Baden, stehen dabei wirtschaftsfördernde Aspekte im Vordergrund. Die Beteiligung an der Innovaare AG soll als Brücke für die Ansiedlung von Start-Up-Unternehmen in Aarau und Baden dienen. Gute Steuerzahlende anzuziehen steht nicht primär im Fokus, wie eine entsprechende Rückfrage bei der Stadt Baden bestätigt.

Beim Engagement handelt es sich demnach nicht um eine Finanzanlage mit dem Ziel, eine möglichst hohe Rendite aus der Beteiligung zu erwirtschaften. Sie ist mehr als wirtschaftsfördernde Massnahme anzusehen, welche Teil der öffentlichen Aufgabenerfüllung ist. Eine Beteiligung wäre somit dem Verwaltungsvermögen zuzuweisen.

Gemäss Gemeindegesetz liegt die Kompetenz, über Beteiligungen an private Unternehmen mittels eines Verpflichtungskredits zu entscheiden, beim Einwohnerrat. Im Hinblick auf diesen Entscheid gibt es offene Fragen zu klären. Zu prüfen ist insbesondere die Art und Höhe einer allfälligen Beteiligung, deren Auswirkungen auf die Stadt Brugg respektive die Einwohnerinnen und Einwohner sowie deren Effekt auf unsere Standortattraktivität. Aus diesem Grund wird diese Motion vom Stadtrat entgegengenommen.

Titus Meier: Die Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Bereitschaft zur Entgegennahme des Vorstosses. Es geht darum, dass sich der Stadtrat mit diesem Thema auseinandersetzt. Die Nähe zum PSI macht die Stadt Brugg für Unternehmen, Fachkräfte und deren Familien zu einem attraktiven Standort. Viele Mitarbeitende des PSI leben bereits in Brugg. Es wäre gut, wenn sich die Stadt als Hauptort des Standortbezirks Brugg am Park Innovaare beteiligen würde und um mit der Zusammenarbeit die Standortattraktivität der Stadt zu erhöhen. Dies mit dem Ziel, die Bekanntheit der Stadt zu vergrössern, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und gute Steuerzahlende anzuziehen.

Patrick von Niederhäusern: Die Stadt zahlt bereits hohe Beiträge an Brugg Regio. Der Nutzen für die Stadt ist aber eher fraglich. Wieso man nun den Park Innovaare finanziell unterstützen soll, ist der Fraktion der SVP nicht schlüssig.

Um Brugg attraktiv zu machen, braucht es keine Aktienkäufe von irgendwelchen Firmen. Es werden andere Anreize benötigt, wie zum Beispiel einen guten Steuerfuss, schöne Wohnobjekte, geeignetes Bauland, intakte Naherholungsgebiete und ein intaktes Sicherheitsgefühl. Wir verlangen die Abstimmung zu diesem Vorstoss und lehnen diesen ab.

Martin Brügger: Park Innovaare ist eine Erfolgsgeschichte und wichtig für die Region Brugg. Eine Mitgliedschaft ist eine gute Investition sowie ein Solidaritätsakt und die beste Wirtschafts- und Standortförderung für die Stadt Brugg. Beim Park Innovaare ist das Geld der Stadt Brugg sehr gut angelegt und es kann eine Rendite herausgeholt werden.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen. Die Diskussion ist damit beendet.

In der Abstimmung wird der Überweisung des Postulats mit 33 Ja zu 11 Nein zugestimmt.

Traktandum 8: Postulat Andrea Rauber Saxer, Colette Degrandi, Markus Lang und Adriaan Kerkhoven betreffend Fusionsstrategie für Brugg (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der Stadtrat wird beauftragt, eine Strategie für künftige Fusionen mit anderen Gemeinden auszuarbeiten. Es gilt, Fusionen proaktiv zu gestalten und anhand eines Kriterienkatalogs zu bewerten. Insbesondere soll der Stadtrat klären, bei welchen Fusionen die Stadt an Aktiven gewinnen würde, respektive wo die Passiven höher sind. Zudem soll dargelegt werden, wie sich weitere Fusionen auf städtische Traditionen wie das Jugendfest, die Seniorenweihnacht, etc. auswirken, respektive wie sich eine Vergrößerung dieser Anlässe finanzieren liesse. Weiter sollte eine solche Strategie beinhalten, mit welchen konkreten Schritten eine Annäherung an die Gemeinde Windisch erfolgen könnte. Bis jetzt hat der Stadtrat keine aktive Fusionspolitik betrieben, da man Gemeindezusammenschlüsse nicht aktiv suchte. Der Stadtrat hat sich aber offen gezeigt, wenn entsprechende Anfragen eingingen. Die Zusammenschlüsse mit den Gemeinden Umiken und Schinznach-Bad sowie die im Herbst beschlossene Fusion mit Villnachern erfolgten jeweils auf Initiative der Exekutiven dieser Gemeinden.

Bevor die Fusionsabklärungen zum Zusammenschluss mit der Gemeinde Villnachern begannen, wurden alle Gemeinden des Bezirks zu einer Standortbestimmung im Hinblick auf die künftige kommunale Zusammenarbeit eingeladen. Dabei hat Windisch Interesse signalisiert, eine gemeinsame Vision und Strategie für das Zentrum zu erarbeiten. Entsprechende Abklärungen und Gespräche zu diesem Thema haben das letzte Mal 2005 und 2006 stattgefunden. Die Initiative für einen Zusammenschluss der beiden Gemeinden auf das Jahr 2010 wurde aus finanziellen, emotionalen und kulturellen Gründen abgelehnt. Stattdessen wollte man die Zusammenarbeit zwischen den beiden Gemeinden intensivieren. Seit den letzten Annäherungen sind fast 20 Jahre vergangen und die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Insbesondere ist die finanzielle Situation der Gemeinde Windisch heute eine andere als damals. Ausserdem haben die beiden Gemeinden ihre Zusammenarbeit in den letzten Jahren intensiviert und gemeinsam wichtige Projekte wie der Fachhochschulcampus mit dem Campussaal oder die gemeinsame Ortsplanungsrevision erfolgreich realisieren können. Weitere gemeinsame Projekte und Aufgaben, wie das kantonale Gesamtverkehrskonzept Ostaargau mit Zentrumsentlastung, die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch oder der neue Mittelschulstandort sind aufgegleist und fordern eine enge Zusammenarbeit zwischen den beiden Gemeinden.

Aufgrund dieser veränderten Ausgangslage erscheint es dem Stadtrat folgerichtig, die aktuelle Situation sowie die Auswirkungen, Chancen und Risiken eines Zusammenschluss der Zentrumsgemeinden erneut zu prüfen und ist darum bereit, das Postulat entgegenzugehen.

Colette Degrandi: Die Fraktion der GLP hat den Eindruck, dass hinter den Zusammenschlüssen der Stadt Brugg mit anderen Gemeinden keine wirkliche Strategie steckt. Die Stadt ist zwar gewillt Fusionen einzugehen, ist aber selber nicht aktiv.

Eine allfällige Fusion mit der Gemeinde Windisch bedingt eine gute Vorbereitung. Das vorliegende Postulat soll Anregungen schaffen, dass sich der Stadtrat Gedanken macht, was machbar wäre und was Sinn machen würde.

Titus Meier: Der Fraktion der FDP ist nicht klar, worüber der Rat bei diesem Postulat diskutiert. Was passiert, wenn der Einwohnerrat dieses Postulat überweist? Prüft der Stadtrat dann konkret eine Fusion mit der Gemeinde Windisch oder auch noch mit anderen Gemeinden? Wenn es nur die Gemeinde Windisch betreffend würde, könnte ein Teil der Fraktion der FDP dem Postulat sicherlich nicht zustimmen. Für die Fraktion der FDP ist es relevant zu wissen, für was genau man hier eigentlich abstimmt. Was ist das Ziel dieses Postulats? Ist es machbar was die Postulanten fordern und ist die Stadt überhaupt gewillt dies zu erfüllen?

Anna Schneider: Ich spreche für mich. Zuerst sollte doch die Diskussion geführt werden, ob sich die Stadt Brugg vergrössern will oder nicht und ob die Stadt bei Zusammenschlüssen eine aktive Rolle einnehmen oder es beim Status quo belassen will. Das Postulat ist so formuliert, dass der Stadtrat bereits finanzielle Abklärungen und Gespräche mit Windisch treffen soll. Die Postulantinnen und Postulanten drängen schon fast auf eine Fusion mit Windisch, was meines Erachtens ein verfrühter Schritt ist. Man müsste sich zuerst einmal Gedanken darüber machen, was der Einwohnerrat überhaupt will. Vielleicht will man ja auch in einer passiven Rolle bleiben. Die Überweisung des Postulats hat meiner Ansicht nach bereits eine Signalwürdigkeit gegen aussen, dass die Stadt fusionieren will. Diese Diskussion hat aber noch nicht stattgefunden. Für mich sind in diesem Postulat zu viele Themen zusammengemischt worden.

Stefan Baumann: Einer grundsätzlich ergebnisoffenen Strategie würde die Fraktion der SVP zustimmen. Bei den Postulantinnen und Postulanten gibt es bereits Bestrebungen für die Bildung einer Kommission mit Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten. Mit dieser würde man aber einer allfälligen Strategie des Stadtrats zuvorkommen. Zudem muss jede Fusion einzeln geprüft werden. Einer ergebnisoffenen Diskussion steht die Fraktion der SVP offen gegenüber. Das vorliegende Postulat lehnt die SVP-Fraktion ab.

David Hunziker: Die Fraktion der SP ist der Ansicht, dass es eine Strategie benötigt und die Stadt eine aktive Rolle bei Zusammenschlüssen einnehmen soll. Dabei ist eine Fusion mit der Gemeinde Windisch zentral. Die Stadt hat bereits einige Erfahrungen mit Fusionen sammeln können. Klar ist, dass eine Fusion mit Windisch eine grössere Sache wäre als die bisherigen Fusionen und somit eine andere Ausgangslage. Verschiedene Fragen müssten geklärt werden: Wie bringt man die verschiedenen Kulturen der beiden Gemeinden zusammen? Warum ist die Fusion vor 20 Jahren gescheitert? Hierfür benötigt es eine Strategie. Es muss Klarheit herrschen, in welche Richtung es gehen soll. Soll weiterhin eine passive Rolle beibehalten werden oder soll eine aktive Rolle mit einem möglichen Zusammenschluss mit Windisch und mit anderen Gemeinden angestrebt werden.

Anna Schneider: Abklärungen, wie diese im Postulat gefordert werden, verursachen hohe Kosten.

Ich bin der Ansicht, dass solche Abklärungen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht sind und ob bezweifle, dass diese zweckentsprechend sind.

Stefan Baumann: Schlussendlich entscheidet das Stimmvolk, ob eine Fusion stattfinden wird oder nicht. Die Fraktion der SVP will beliebt machen, dass das vorliegende Postulat nicht überwiesen wird. Die Fraktion würde auch Hand bieten, einen neuen Vorstoss mit einer ergebnisoffenen Formulierung zu unterstützen.

Colette Degrandi: Die Formulierung ist ergebnisoffen. Es geht darum, dass Kriterien für einen Zusammenschluss mit anderen Gemeinden definiert werden. Was das für Kriterien sind, ist offen. Über allfällige Fusionen würde man dann aber selbstverständlich wieder im Einzelnen befinden. Die angedachte Kommission ist nicht etwas, was forciert werden würde. Im Moment geht es der Fraktion darum, dass sich der Stadtrat Gedanken darüber macht, was er in Bezug auf Fusionen will und was machbar ist.

Stefan Baumann: Im Antrag steht geschrieben: «Weiter sollte eine solche Strategie beinhalten, mit welchen konkreten Schritten eine Annäherung an die Gemeinde Windisch erfolgen könnte.» Das ist ein Auftrag an den Stadtrat. Diesen Auftrag will unsere Fraktion dem Stadtrat nicht geben. Wir plädieren für eine ergebnisoffene Strategie.

Serge Läderach: Grundsätzlich unterstütze ich Fusionen. Beim vorliegenden Vorstoss musste ich feststellen, dass dieser vielleicht als ergebnisoffen angedacht ist, jedoch nicht ergebnisoffen formuliert ist. Darum teile ich die Aussagen von Stefan Baumann. In dieser Form kann ich den Vorstoss nicht unterstützen.

Titus Meier: Ich unterstützte Fusionen grundsätzlich auch. Ich befürworte auch eine ergebnisoffene Abklärung. Mir stellt sich aber die Frage, was der Stadtrat bei einer Entgegennahme des Postulats als nächsten Schritt plant? Gibt es einen Bericht an den Einwohnerrat, bei welchem gewisse Ziele definiert werden? Was sind die nächsten Schritte und wie ist der Einwohnerrat mitinvolviert.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der Auftrag an den Stadtrat ist es, eine Strategie zu erarbeiten. Strategien liegen in der Zuständigkeit des Stadtrats. Der Stadtrat würde sich mit dem Vorstoss auseinandersetzen und auch die heutige Diskussion in die Erarbeitung der Strategie einfließen lassen.

Anna Schneider: Es ist ein genau formuliertes Postulat. Es spielt keine Rolle, wie der Stadtrat dieses versteht. Die Formulierung ist relativ klar und es wird dem Stadtrat den Auftrag gegeben, dass Brugg eine aktivere Rolle in Fusionsfragen übernehmen und auch eine Fusion mit Windisch prüfen soll. Darum erübrigt sich eine Diskussion darüber, wie der Stadtrat das vorliegende Postulat versteht.

Damit ist die Diskussion erschöpft. In der Abstimmung wird die Überweisung des Postulats mit 15 Ja zu 30 Nein abgelehnt.

Traktandum 9: Postulat Titus Meier, Patricia Gloor und Nathalie Zulauf betreffend Sanierung Hallenbad Brugg und Beheizung des 50-Meter-Aussenbeckens inklusive Anschaffung einer Trägerhalle (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Herr Stadtrat Roger Brogli: Das Postulat Titus Meier, Patricia Gloor und Nathalie Zulauf verlangt die Prüfung der Anschaffung einer Trägerhalle, welche im Winterhalbjahr im Schwimmbad über dem 50-Meter-Aussenbecken aufgestellt werden kann. Die benötigte Wärmeenergie soll aus der von der Axpo geplanten Wasserstoffproduktionsanlage oder durch den von der IBB geplanten IBB-Fernwärme-Cluster Wildschachen bezogen werden. Im Finanzplan ist die Sanierung des Hallenbades vorgesehen. Da man mit der Planung noch ganz am Anfang steht, ist es sinnvoll, dieses Anliegen zu prüfen. Aus diesem Grund nimmt der Stadtrat das Postulat entgegen.

Herr Titus Meier: Wie von Roger Brogli erwähnt, steht der Stadtrat in der Planung für die Sanierung des Hallenbades noch ganz am Anfang. Daher sollte diese Option in die Planung miteinfließen. Es gibt gute Beispiele wie in der Gemeinde Suhr, wo dieses System sehr gut funktioniert. Auch eine Umfrage unter den Fraktionen hat gezeigt, dass mehr Wasserfläche gewünscht wird. Mit diesem System könnte die Möglichkeit geschaffen werden, mehr Wasserfläche zu generieren ohne dass dabei grosse und teure Bauten notwendig wären.

Silvan Brügger: Unsere Fraktion bestreitet das Postulat. Zuerst sollte die Konzeptzonierung der Sanierung des Hallenbades abgewartet werden und zu gegebenen Zeit Überlegungen gemacht werden, wie man die Sanierungsphase überbrücken kann. Ich bin gegen die Prüfung einer Trägerhalle mit Beheizung im Winter über das 50-Meter-Aussenbecken. Es handelt sich hierbei um eine teure «Energieschleuder», denn es geht sehr viel Wärme und Energie verloren. Es ist kein sparsamer Einsatz von Ressourcen und zudem personalintensiv. Weiter sollte Abwärme für die Beheizung von solchen Konstruktionen nur verwendet werden, wenn sie sonst nirgends eingesetzt werden kann. Diese Energie ist wertvoll und sollte für Wohn- und Bürohäuser genutzt werden.

Urs Bürkler: Ich spreche in meinem Namen. Das Postulat ist nicht ergebnisoffen formuliert. Im Antrag fordern die Postulantinnen und Postulanten «Das Hallenbad Brugg soll am jetzigen Standort saniert werden mit gleichzeitiger Beheizung des 50-Meter-Aussenbeckens und Anschaffung einer Trägerhalle.» In dem Postulat wird die Erstellung einer beheizten Trägerhalle gefordert.

Titus Meier: Es handelt sich hierbei um ein Postulat und nicht um eine Motion. Das Postulat hat eine andere Rechtswirkung. Es geht darum, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt und gegebenenfalls Bericht und Antrag stellt. Der Rat stimmt jedoch nicht über den Bau einer Trägerhalle ab, sondern über deren Prüfung.

Damit ist die Diskussion erschöpft. In der Abstimmung wird der Überweisung des Postulats mit 31 Ja zu 11 Nein zugestimmt.

Traktandum 10: Postulat Barbara Müller-Hefti betreffend Einladung an alle Brugger Kindergarten- und Schulkinder zum Jugendfest (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Grundsätzlich sind bereits heute alle Brugger Kinder für das Jugendfest eingeladen. Der Stadtrat nimmt dieses Postulat gerne zur Prüfung entgegen und wird den Inhalt so auch gerne dem Organisationskomitee weitergeben.

Frau Barbara Müller-Hefti: Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Entgegennahme und die Umsetzung des Postulats.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 11: Postulat Barbara Müller-Hefti, Joya Süess und Elias Gerber sowie Mitunterzeichnende betreffend Verbesserung der Sicherheit aller Besucher des Kellerparks (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der Stadtrat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen respektive wurde das Anliegen bereits umgesetzt. Das Postulat verlangt, dass die Route der Patrouille Gesellschaft entsprechend angepasst wird. Die Route wird regelmässig durch die Regionalpolizei und die Abteilung Gesellschaft aufgrund von Meldungen aus der Bevölkerung angepasst.

Frau Barbara Müller-Hefti: Ich bedanke mich beim Stadtrat für die Entgegennahme des Postulats und für die Umsetzung meines Anliegens.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 12: Postulat Martin Brügger und Mitunterzeichnende betreffend Prüfung Brugg-Villnachern als Jurapark-Gemeinde (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Der Jurapark ist ein regionaler Naturpark von nationaler Bedeutung. Der Verein engagiert sich gemeinsam mit den Gemeinden und verschiedenen Akteuren für die nachhaltige Entwicklung des Parkgebiets. Das Ziel des Parks ist es, bestehende Natur- und Kulturwerte aufzuwerten, zu erhalten und die regionale Wirtschaft für eine höhere Lebensqualität zu stärken. Die Städte Brugg und Aarau grenzen als urbane Gemeinde zwar an das Juraparkgebiet, sind jedoch nicht teil des Juraparks Aargau. Bisher bestand nicht die Möglichkeit für eine Mitwirkung. Ein Beitritt wäre nun aber mit der Fusion mit Villnachern möglich, da so die Voraussetzung für die Aufnahme im Park erfüllt werden. Die Entschädigung für eine solche Mitgliedschaft bezieht sich pauschal auf die Fläche des Ortsteils Villnachern. Für den Stadtrat ist ein Beitritt nach erfolgter Fusion mit Villnachern prüfungswert. Sofern eine erste Prüfung positiv ausfallen würde, müsste die Stadt ein Gesuch für die Aufnahme der Stadt Brugg mit dem Ortsteil Villnachern im Jurapark für das Jahr 2031 stellen. Eine Anmeldung bedingt einen Vorlauf von mehreren Jahren bis es zu einem Beitritt kommt.

Martin Brügger: Einerseits ist der Jurapark ein Erfolgserlebnis für die Region, andererseits ist das Verfahren langwierig. Ich habe in der Zeitung gelesen, dass die Fraktion der SVP den Vorstoss bestreitet, weil sie vorgängig wissen will, was die Kosten und die Rahmenbedingungen für eine solche Mitgliedschaft sind. Ich unterstütze diese Forderung. Das Postulat stellt einen Prüfungsauftrag an den Stadtrat dar. Als Hinweis, die Gemeinde Belp trat dem Gantrisch-Naturpark bei, und dies auch nur teilweise. Dadurch konnte die Gemeinde die Höhe der Beitragskosten senken. Vielleicht kann dies die Stadt Brugg ebenfalls erreichen.

Stefan Baumann: Was mich interessieren würde ist, was so eine Mitgliedschaft alles mit sich bringt? Was wäre, wenn der Stadtrat zum Schluss kommt, dass er einen solchen Beitritt will. Kann dann der Einwohnerrat darüber befinden oder macht das der Stadtrat in Eigenregie. Ist die Überweisung dieses Postulats eine eigentliche Aufforderung, dass die Stadt dem Jurapark beitreten soll?

Frau Stadtmann Horlacher: Es ist ein Auftrag an den Stadtrat, einen Beitritt zu prüfen. Der Stadtrat konnte die Auswirkungen und das Verfahren noch nicht im Detail prüfen. Wenn ein möglicher Beitritt konkret werden würde, dann hält sich der Stadtrat an das Verfahren und die Zuständigkeiten sowie die Kompetenzen. In welcher Kompetenz ein solches Vorgehen liegen würde, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.

Ruedi Fuchsli: Ich spreche im Namen der Fraktion der FDP. In diesem Postulat wird festgehalten, dass man einen möglichen Beitritt prüfen soll, was ich persönlich sehr unterstützen kann. Der Jurapark ist ein modernes Konstrukt. Modern in dem Sinne, dass der Mensch als Teil der Natur angesehen wird.

Mit dem Park wird versucht, Mensch, Natur und Gewerbe nicht voneinander zu trennen. Man will ein möglichst kompatibles Zusammenleben ermöglichen. Ich teile die Auffassung, dass der Jurapark eine Erfolgsgeschichte ist.

Yves Gärtner: Nach meinem Verständnis unterliegt eine Mitgliedschaft einer Gemeinde in einem Naturpark der Volksabstimmung.

Reto Wettstein: Wenn man finanzrechtlich eine mehrjährige Verpflichtung eingeht und diese nicht kündbar ist, ist diese dem Einwohnerrat zur Bewilligung vorzulegen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird der Überweisung des Postulats mit 38 Ja zu 7 Nein zugestimmt.

In der Abstimmung über die Fortsetzung der Sitzung nach 22.00 Uhr stimmt der Rat mit 27 Ja zu 13 Nein zu.

Traktandum 13: Postulat Titus Meier und Mitunterzeichnende betreffend Überprüfung der Ausrichtung der städtischen Jugendarbeit und -kultur (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

Herr Vizeammann Reto Wettstein: Es ist an der Zeit, nach der erfolgreichen Integration den Ist-Zustand der städtischen Jugendarbeit und -kultur zu prüfen und die Situation neu zu erfassen. Deshalb ist der Stadtrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Titus Meier: Ich danke dem Stadtrat für die Bereitschaft zur Entgegennahme meines Vorstosses. An der letzten Einwohnersitzung hat der Rat über die Integration des Jugendhauses in die Verwaltung diskutiert. Es konnte festgestellt werden, dass es unterschiedliche Vorstellungen darüber gibt, was eigentlich die Zielsetzungen bei der Jugendarbeit ist. Es gibt den Mittagstisch, Veranstaltungen sowie die Jugendarbeit im Jugendhaus. Das sind Angebote, welche historisch gewachsen sind. Zwischenzeitlich sind aber auch andere Angebote dazugekommen. Der Stadtrat wird mit diesem Postulat eingeladen zu prüfen, was die eigentlichen Aufträge des Jugendhauses sind?

Leonie Woodtli: Die kommentarlose Überweisung dieses Vorstosses würde implizieren, dass alle hier im Rat sowohl mit dem Antrag wie auch mit dem Überweisungstext vollkommen einverstanden sind. Das ist aber nicht der Fall und die Fraktion der SP verlangt deshalb die Abstimmung zu diesem Geschäft.

Die Evaluation der Leistungen der Stadtverwaltung ist ein wichtiger Aspekt und ist in der Verantwortung des Einwohnerrates gegenüber den Steuerzahlenden. Der Einwohnerrat muss wissen, dass das Geld, welches von der Stadt ausgegeben wird, eine Wirkung erzielt. Den konkreten Effekt von sozialen Angeboten zu messen, ist schwierig. Das soll aber keine Ausrede sein, diese Angebote nicht trotzdem regelmässig auszuwerten und Ziele anzupassen. Deswegen ist die Fraktion der SP auch dafür, dass dieser Vorstoss überwiesen wird. Was aber störend ist, ist der unverkennbare Unterton bei der Begründung. Es entsteht der Eindruck, dass vor allem mögliche Kürzungen im Vordergrund dieses Postulates stehen. Für die Fraktion der SP soll ein weiterentwicklungsorientiertes Gutachten das Ziel sein und nicht lediglich eine kürzungsorientierte Drohung. Angebote können aufgrund von fehlender Nachfrage angepasst werden. Es kann aber auch bedeuten, dass neue Angebote geschaffen werden. Und es zeigt sich vielleicht, dass gewisse Bedürfnisse noch nicht abgedeckt sind. Die Fraktion möchte darauf hinweisen, dass gerade in Anbetracht der an der heutigen Sitzung mehrmals erwähnten angespannten Situation rund um den Bahnhof mit der Drogenszene die Jugendlichen geschützt werden müssen und ihnen ein sicherer Ort zur Verfügung gestellt werden muss.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird der Überweisung des Postulats ohne Gegenstimme zugestimmt.

Traktandum 14: Motion Pascal Ammann betreffend Beschaffung einer Veranstaltungsbühne (wird vom Stadtrat abgelehnt)

Herr Stadtrat Roger Brogli: Die Motion Pascal Ammann verlangt die Prüfung der Anschaffung einer Veranstaltungsbühne. Die Motion wird vom Stadtrat abgelehnt. Im Factsheet vom 10. Dezember 2024 erläutert der Stadtrat seine Gründe für die Ablehnung des Vorstosses.

Pascal Ammann: Ich danke dem Stadtrat für das Factsheet. Gerne würde ich kurz auf die Gründe des Stadtrats für die Ablehnung meiner Motion eingehen. Städtische Anlässe sind sicherlich für eine Nutzung der Veranstaltungsbühne nicht ausgeschlossen. Betreffend die Grösse und die Ausstattung der Konzertbühne kann ich sagen, dass die Stadt Aarau eine solche Kulturbühne hat. Diese wird sehr vielseitig eingesetzt. Es sollte eine Bühne angeschafft werden, welche auch ohne Bühnenboden genutzt werden und vielseitig eingesetzt werden könnte. Eine Tontechnik fordere ich nicht, diese wäre Sache des Veranstalters. Bezüglich der Haftbarkeit hat zum Beispiel die Stadt Aarau einen Mietvertrag, welchem von den Mieterinnen und Mietern der Bühne zugestimmt werden muss. Dieser regelt die Haftbarkeit.

Ich beantrage im Rat die Abstimmung über die Beschaffung einer Veranstaltungsbühne gemäss meinem Vorstoss. Ich denke, diese Anschaffung wäre eine effektive Unterstützung für den Kultur- und Vereinsbereich. Viele Menschen könnten von einer solchen Veranstaltungsbühne profitieren.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird die Motion mit 17 Ja gegen 28 Nein nicht überwiesen.

Traktandum 15: Postulat Gina Sträuli betreffend Schulwegüberquerung Laurstrasse/Simmengut
(wird vom Stadtrat abgelehnt)

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Die Gründe für die Ablehnung sind dem Einwohnerrat mit Factsheet vom 10. Dezember 2021 zugestellt worden.

Julia Grieder: Die Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung und das ausführliche Factsheet. Die Fraktion sieht jedoch immer noch grossen Handlungsbedarf. Als Lehrperson beobachte ich immer wieder, wie diese Stelle eine Gefahrenzone für Kinder darstellt.

Salome Schneider Boye: Für die Fraktion der SP sind die Ausführungen des Stadtrats im Factsheet nicht zufriedenstellend. Ein Parkplatz ist keine ideale Lösung für einen Schulweg. Der Simmengut-Parkplatz wird von ganz unterschiedlichen Verkehrsteilnehmenden genutzt. Die Schwächsten im Glied, nämlich Kinder, welche zu Fuss unterwegs sind, deren Sicherheit wird am wenigsten geachtet. Ich möchte an dieser Stelle an die Kinderrechtskonvention erinnern. Da heisst es nämlich in Artikel 3 «Wenn immer Entscheidungen getroffen werden, was sich auf das Kind auswirken könnte, geht das Wohl des Kindes voran.» Jetzt wäre doch eine gute Gelegenheit zu prüfen, wie man die Sicherheit des Schulweges verbessern könnte. Was ist uns wichtig, die Sicherheit der Kinder oder die Bequemlichkeit von tennisspielenden Personen.

Ruedi Füchslin: Das Gesamtpaket in dieser Grösse geht der FDP-Fraktion zu weit. Die Ausführungen von Salome Schneider Boye empfindet die Fraktion der FDP als durchaus berechtigt. Der Parkplatz ist ein Problem. Für die Fraktion ist wichtig, dass vorerst einmal die Parkplatzsituation geprüft wird und möglich Lösungen für das Problem evaluiert werden.

David Hunziker: Im Jahr 2009 wurde eine Motion von Karin Graf zum Thema Verkehrssicherheit an der Laurstrasse durch den Einwohnerrat überwiesen. Die Motion ist noch nicht umgesetzt. Dies als Erinnerung an den Stadt- und Einwohnerrat. Der Einwohnerrat hat die Abschreibung der Motion abgelehnt. Er war dazumal der Ansicht, dass trotz dieser Massnahmen die Sicherheit noch nicht ausreichend gegeben ist. Es ist also ein Handlungsbedarf angezeigt und der politische Auftrag besteht seit 16 Jahren.

Serge Läderach: Ich bin erstaunt, dass die Motion von Karin Graf aus dem Jahr 2009 noch nicht abgeschrieben ist. Ich war dazumal bei der Erarbeitung von Massnahmen mit dabei. Und es wurde sehr wohl etwas gemacht. Es wurde beim Fussgängerstreifen eine Strassenverengung installiert und die Strasse wurde seitlich mit farbigen Streifen versehen. Dies war dazumal eine sehr umstrittene Aktion. Die Situation beim Parkplatz und bei der Entsorgungsstelle ist unbefriedigend. Hierfür muss eine Lösung gefunden werden. Dafür braucht es aber kein Postulat.

Damit ist die Diskussion erschöpft. In der Abstimmung wird das Postulat mit 19 Ja gegen 25 Nein nicht überwiesen.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Antrag Titus Meier betreffend Änderung des Geschäftsreglements des Einwohnerrates
- Motion Barbara Geissmann betreffend Prüfung der Machbarkeit einer Tagesschule im Legohaus – Entgegennahme
- Kleine Anfrage vom 22. Januar 2025 betreffend Zuständigkeiten und Aktivitäten im Bereich City Management und Standortförderung mit Blick auf die Detail- und Fachhandelsgeschäftslandschaft in der Stadt Brugg
- Postulat Martin Brügger betreffend Einführung verursachergerechter Gebühren für das Abwasser

Der Präsident macht folgende Mitteilung:

- Verabschiedung von Rolf Urech infolge Pensionierung.
- Die nächste Sitzung findet am 9. Mai 2025 statt.

Schluss der Sitzung: 22.20 Uhr

EINWOHNERRAT BRUGG

i.V. 

Markus Lang
Präsident


Matthias Guggisberg
Aktuar